

Univ.-Doz. Mag. Dipl.-Ing.
Dr. Erhard Glötzl
Vorstandsdirektor

Linz AG
Wiener Straße 151
A-4021 Linz

Tel.-Nr.: +43 (732) 3400-6010
Fax-Nr.: +43 (732) 3400-6009
E-Mail: gloetzl@linzag.at

Die Geldfalle –

oder warum eine höhere Besteuerung von Kapital so dringend notwendig ist

Linz, im November 2006

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	Seite 3
2. Die Sichtweise der herkömmlichen Ökonomie	Seite 4
3. Geld als Grundlage für materiellen Wohlstand	Seite 6
4. Die Unterlegenheit der Schuldner in einer „Geld“-Wirtschaft	Seite 6
5. Das Fundamentalparadoxon der Geldwirtschaft: die Ohnmacht der Schuldner	Seite 8
6. Das Wachstum von Guthaben und Schulden relativ zum BIP	Seite 8
7. Das Wachstum der Kapitaleinkommen	Seite 9
8. Die wachsende Umverteilung führt zu Arbeitslosigkeit oder Niedriglöhnen	Seite 10
9. Der Wachstumszwang für die Wirtschaft und öffentliche und private Schulden	Seite 13
10. Der Zusammenbruch	Seite 13
11. Zweiter Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre	Seite 15
12. Die internationale Ebene	Seite 15
13. Historische Ansätze zur Problemlösung	Seite 16
14. Kapitalbesteuerung als einzig mögliche Therapie	Seite 18
15. Zusammenfassung	Seite 20
16. Literatur	Seite 21
17. Grafiken	Seite 22

1. Einleitung

Im Laufe der Geschichte ist es immer wieder zu **gesellschaftlichen Katastrophen** unterschiedlichen Ausmaßes gekommen. Erinnerung sei dabei beispielsweise an die römische Proskription 43 v. Chr., die Französische Revolution 1789 und die Weltwirtschaftskrise 1929. Die Vorgänge der letzten Vergangenheit in Japan, Ostasien und zuletzt in Russland, Argentinien und Brasilien weisen auf die Aktualität dieses Themas hin. Dieses weitgehend unabhängig von der Art der Wirtschaftssysteme periodisch immer wieder auftretende Phänomen gleicht einem immer wiederkehrenden Wechselfieber.

Wesentlichste These dieser Arbeit ist, dass es sich dabei **nicht** immer um **Politikversagen** oder um menschliches Versagen **sondern** sehr oft um ein **Systemversagen** handelt, das von der herkömmlichen Ökonomie tabuisiert wird.

Eine effiziente Wirtschaft benötigt zwar jedenfalls Geld als Tauschmittel und Kreditmittel, aber es liegt im Wesen des **Geldes als Kreditmittel**, dass Geldkredite – wie wir zeigen werden – zu einer „**Ohnmacht der Schuldner**“ führen. Diese „Ohnmacht der Schuldner in einer Geldwirtschaft“ ist eine der wesentlichsten Triebkräfte der Volkswirtschaft. Sie führt aber ohne systematische Umverteilungspolitik systemnotwendigerweise zu Kapitalakkumulation und Kapitalkonzentration und letztlich zu einem **Zerbrechen der Gesellschaft**.

Diese notwendige systematische **Umverteilungspolitik** wird aber noch immer zu wenig als für die Stabilität der Gesellschaft unabdingbare Maßnahme gesehen, sondern bestenfalls unter ethischen Gesichtspunkten halbherzig betrieben.

Von Politikversagen kann nur insofern gesprochen werden als die Politik (noch?) nicht bereit ist, ernsthaft darüber zu diskutieren oder diese Diskussion von der Wissenschaft einzufordern.

Um allgemeinen materiellen Wohlstand dauerhaft zu erreichen, hat eine Volkswirtschaft daher nicht nur das **Produktionsproblem** zu lösen sondern vor allem auch das **Verteilungsproblem**. Die herkömmliche Ökonomie befasst sich allerdings fast ausschließlich mit der Lösung des Produktionsproblems. Das Verteilungsproblem wird dagegen noch immer weitgehend ausgeklammert.

Hochkulturen sind immer dann entstanden, wenn eine Gesellschaft das Produktionsproblem gelöst hat. Wir haben heute das Produktionsproblem gelöst. Aber Hochkulturen sind sehr oft daran zerbrochen, dass sie das Verteilungsproblem nicht gelöst haben. Die **größte politische Herausforderung** für das 21. Jahrhundert ist daher die **Lösung des Verteilungsproblems**.

2. Die Sichtweise der herkömmlichen Ökonomie

Bei der Diskussion von wirtschaftlichen Krisenerscheinungen sollte man zwischen Konjunkturschwankungen und Wirtschaftszusammenbrüchen unterscheiden.

Die herkömmliche Ökonomie befasst sich fast ausschließlich mit der Ursache von Konjunkturschwankungen und deren Bekämpfung. Das Problem von Wirtschaftszusammenbrüchen hingegen wird verdrängt und eine Diskussion darüber tabuisiert. Im Wesentlichen sieht sich die Ökonomie aber als dafür nicht zuständig, weil sie die Ursache nur in Politikversagen oder menschlichem Versagen aber keinesfalls in einem Systemversagen sieht.

Für Konjunkturschwankungen gibt es in der herkömmlichen Ökonomie im Wesentlichen 2 Erklärungsmuster:

- **sinkende Nachfrage** oder
- **sinkendes Angebot.**

Die Argumentation dazu gleicht dem **Henne-Ei-Problem**:

- Das eine Mal argumentiert man, dass die sinkende Nachfrage keinen Anreiz für Investitionen bietet und damit das Angebot eingeschränkt wird,
- das andere Mal argumentiert man, dass das sinkende Angebot die Preise steigen lässt und damit die Nachfrage sinkt.

Dementsprechend werden je nach Denkrichtung zur Krisenbekämpfung einerseits Maßnahmen zur Ankurbelung der Nachfrage oder andererseits Maßnahmen zur Erhöhung des Angebots vorgeschlagen.

Im Gegensatz zur herkömmlichen Ökonomie, die alle wirtschaftlichen Vorgänge nur durch den Realgütersektor (Nachfrage nach und Angebot von Realgütern) bestimmt sieht („Geld ist nur ein Schleier“!), gehen wir davon aus, dass die **wirtschaftlichen Vorgänge mit zunehmendem Alter** einer Volkswirtschaft in wesentlich stärkerem Ausmaß **durch den Finanz- und Geldsektor bestimmt** werden, als bisher angenommen wurde.

Nach jedem Zusammenbruch wie z.B. nach einem Krieg kommt es in der Regel wieder zu einem Neubeginn. Als **Alter einer Volkswirtschaft** wollen wir die Anzahl der Jahre verstehen, die seit einem solchen Neubeginn verstrichen sind. Sieht man die Währungsreform im Jahr 1948 als Neubeginn nach dem 2. Weltkrieg an, so sind unsere heutigen Volkswirtschaften in Mitteleuropa also etwa 60 Jahre alt.

Natürlich kann in vielen Fällen die Nachfrage oder das Angebot allein durch Faktoren am Realgütermarkt beeinflusst werden. Natürlich kann das Angebot durch eine effiziente Infrastruktur, geeignete Rahmenbedingungen, tüchtige Unternehmer, neue Technologien und psychologische Faktoren wie „Gründeroffensiven“ erhöht und durch die gegenteiligen Faktoren erniedrigt

werden. Natürlich kann die Nachfrage durch niedrige Preise oder durch geeignete psychologische Faktoren angeregt werden, genauso wie sie durch Angst oder hohe Preise gebremst werden kann.

Die **wesentliche Aussage** dieser Arbeit ist aber die Behauptung, dass mit zunehmendem Alter einer Volkswirtschaft die Faktoren und Vorgänge am **Geld- und Finanzgütersektor exponentiell** an Bedeutung gewinnen, letztlich die genannten realwirtschaftlichen Faktoren an Bedeutung bei weitem übertreffen und ökonomische Krisen daher in diesen Fällen nicht mehr durch Maßnahmen am Realgütersektor beherrscht werden können.

Das Henne-Ei-Problem von sinkender Nachfrage bzw. sinkendem Angebot lässt sich nämlich insofern auflösen bzw. verstehen, als beide in der Regel Hand in Hand gehenden Phänomene des Realgütersektors eine gemeinsame Ursache am Geldsektor haben: Sowohl die sinkende Nachfrage als auch das sinkende Angebot wird dadurch ausgelöst, dass netto mehr **Geld** (genauer gesagt M1-Geld, also Geld der höchsten Liquiditätsstufe) **vom Realgütermarkt zum Finanzgütermarkt transferiert** wird (z.B. auch als Spekulationskasse im Sinne von Keynes) als umgekehrt. Dies ist eine unmittelbare Erklärung dafür, warum es am Realgütersektor zu einer Deflation und am Finanzgütersektor zu einer Inflation kommt und es gibt auch die Lösung für das Henne-Ei-Problem. Weniger Geld am Realgütermarkt bewirkt entweder weniger Nachfrage nach Konsumgütern oder weniger Investitionen, was in der Folge das Angebot sinken lässt.

In diesem Zusammenhang lässt sich auch verstehen, warum die **Aktienkurse steigen**, wenn die Leitzinsen der Notenbank gesenkt werden. Die Aktien steigen nicht in erster Linie deswegen, weil die Gewinnerwartungen durch niedrige Zinsen steigen, sondern weil niedrige Leitzinsen dazu führen, dass die M1-Geldmenge steigt und deswegen auch mehr Geld in den Finanzsektor transferiert werden kann und damit die Nachfrage nach Aktien steigt. Das herkömmliche Argument der steigenden Gewinnerwartungen ist falsch, da durch eine Änderung der Leitzinsen sich vor allem das Zinsniveau für kurzfristiges Geld ändert, die Gewinnerwartungen aber viel mehr durch das Zinsniveau von langfristigem Geld bestimmt werden.

Ein Konjunkturunbruch wird also durch Transferieren von M1-Geld vom Realgütersektor zum Finanzgütersektor hervorgerufen, ein Konjunkturaufschwung durch den umgekehrten Vorgang. In einer jungen Volkswirtschaft führen diese hin- und herschwankenden Geldmengen zu Konjunkturschwankungen. Unser besonderes Augenmerk gilt aber den schwerwiegenden Wirtschaftszusammenbrüchen. Die Kernfrage lautet: Ist ein Wirtschaftszusammenbruch nichts anderes als eine besonders starke Konjunkturschwankung oder tritt hier ein qualitativ neues zusätzliches Element dazu?

Im Folgenden wollen wir zeigen, dass **Schulden und Guthaben systemnotwendigerweise rascher als das BIP wachsen** müssen und dies die eigentliche **Ursache von Wirtschaftszusammenbrüchen** ist. Erst durch einen Wirtschaftszusammenbruch werden Schulden und Guthaben wieder auf ein für die Gesellschaft verträgliches Maß reduziert.

3. Geld als Grundlage für materiellen Wohlstand

Die Voraussetzung für **materiellen Wohlstand** ist eine **arbeitsteilige Wirtschaft**. Wenn Leistung und Gegenleistung zum selben Zeitpunkt stattfinden, spricht man von Tausch. Eine reine Tauschwirtschaft ist aber nicht besonders effizient. Die Arbeitsteilung ist erst dann besonders effizient, wenn Leistung und Gegenleistung auch zu verschiedenen Zeiten (und an verschiedenen Orten) stattfinden können, was gleichbedeutend mit der Möglichkeit zur Begründung von **Schuldverhältnissen** ist. Diese sind aber nur dann möglich, wenn der Leistungserbringer darauf **vertrauen** darf, dass er für seine Leistung auch eine entsprechende Gegenleistung erhält. Diese Gegenleistung muss nicht immer materiell sein. Sie kann auch in einem guten Gewissen oder einem Versprechen auf ein Leben nach dem Tode liegen.

Dieses Vertrauen kann gestärkt werden durch

- **soziale Bindungen** im Allgemeinen oder
- ein **Kreditwesen** im Besonderen.

Ein **Kreditwesen** ist dadurch charakterisiert, dass Leistungen und Gegenleistungen in Maßsystemen gemessen werden können. Die einfachsten Kreditsysteme beruhen auf dem Messen von Warenmengen (z. B. Anzahl von Schafen, Kilogramm Weizen, Stunden Arbeitsleistung usw.). Ein Finanzwesen ist aber erst dann besonders effizient, wenn es mit einem einzigen Maßsystem für Tauschvorgänge und Kreditvorgänge auskommt, das geringe Transaktionskosten hat und in dem alle Leistungen gemessen werden können. Ein solches Tausch- und Kreditmittel nennt man **Geld**.

4. Die Unterlegenheit der Schuldner in einer „Geld“-Wirtschaft

Das wesentlichste Kriterium, durch das die verschiedenen arbeitsteiligen Wirtschaftsformen charakterisiert sind, ist daher die Art, wie Schulden gemessen werden und damit die **Art, in der Schulden zurückgezahlt werden können** und müssen:

- soziale Schulden
- Warenschulden bzw. Dienstleistungsschulden
- Geldschulden (bzw. Tauschmittelschulden)

Dabei ist zu beachten, dass die Guthaben als Gegenstück zu den Schulden immer gleichzeitig mit den Schulden und immer in gleicher Höhe wie die Schulden entstehen (**1. Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre**).

In einer „**Sozial**“-**Wirtschaft** entstehen durch soziale Leistungen (z.B. Nachbarschaftshilfe oder Geschenke) soziale Guthaben und soziale Schulden (die in der Regel nicht gemessen sondern nur beschrieben werden können). Es ist wichtig festzuhalten, dass es in diesem Fall in der **Macht des Schuldners** liegt, seine sozialen Schulden durch soziale Leistungen zu tilgen.

In einer „**Waren/Dienstleistungs**“-**Wirtschaft** entstehen durch Warenleistungen Warenguthaben und Warenschulden. Die Warenguthaben werden dabei in der Form von Warengutscheinen gemessen und stellen Ansprüche bzw. Forderungen auf Waren dar. Das gleiche gilt für Dienstleistungen. Auch in diesem Fall steht es in der **Macht des Schuldners** (durch Fleiß), diese Waren oder Dienstleistungen zu erzeugen und die Schulden damit zu tilgen.

Im Gegensatz zu „Sozial“-Wirtschaft und „Waren/Dienstleistungs“-Wirtschaft ist die Situation in einer „**Geld**“-**Wirtschaft** um eine Stufe komplexer, woraus sich schwerwiegende Konsequenzen ableiten. In einer „Geld“-Wirtschaft werden volkswirtschaftliche Leistungen in Geld gemessen. Geld stellt einen Anspruch auf entsprechende volkswirtschaftliche Gegenleistungen dar. Die für die Arbeitsteilung notwendigen Schuldverhältnisse werden nicht in Waren oder Dienstleistungen sondern in Geld gemessen. Dabei entstehen Geldguthaben und Geldschulden; Geldguthaben stellen Ansprüche bzw. Forderungen auf Geld dar. Im Gegensatz zur „Sozial“-Wirtschaft und „Waren/Dienstleistungs“-Wirtschaft, in denen der Schuldner allein durch seinen Fleiß die Schulden tilgen kann, weil die Einheit, in der die Schulden gemessen werden, unmittelbare volkswirtschaftliche Leistungen sind, steht es in der „Geld“-Wirtschaft **nicht** allein in der **Macht des Schuldners**, seine Geldschulden durch Erbringung von volkswirtschaftlichen Leistungen zu tilgen, weil die Einheit, in der die Schulden gemessen und daher auch bezahlt werden müssen, Geld ist.

Der Schuldner muss nämlich zuerst einen Abnehmer finden, der bereit ist, für seine Leistungen Geld zu bezahlen. Diese Tatsache bezeichnen wir als die **Unterlegenheit der Schuldner**. Die herkömmliche Ökonomie geht aber von dem Dogma aus, dass es ausschließlich eine Frage des Preises ist, dass er einen Abnehmer für seine Leistungen findet. Diese Annahme ist vielleicht noch in einer jungen, von Mangel geprägten Volkswirtschaft zulässig, in der die Kapitalvermögen noch niedrig sind, oder in einer Volkswirtschaft ohne zinsbedingte Kapitaleinkommen. Unter den heutigen Umständen ist dieses Dogma aber keinesfalls richtig bzw. zulässig.

5. Das Fundamentalparadoxon der Geldwirtschaft: die Ohnmacht der Schuldner

Es steht nicht im Ermessen der Schuldner, die Gesamtheit der Schulden durch zusätzliche Warenproduktion oder Dienstleistungen (d.h. durch Fleiß) abzubauen. **In einer Geldwirtschaft entscheiden über den Abbau der Gesamtheit der Schulden letztlich nur die Gesamtheit der Gläubiger und nicht die Schuldner.**

Diese Aussage ist zwar fundamental, aber leider nicht evident, weil man sich leicht dadurch täuschen lässt, dass diese Aussage für den individuellen Schuldner natürlich falsch ist. Daher ist es berechtigt, diesen Sachverhalt als Fundamentalparadoxon der Geldwirtschaft zu bezeichnen.

Die Gesamtheit der durch Zinseszins entstandenen Schulden kann (ohne Änderung der Kassenhaltungen und ohne Abschreibung von uneinbringlichen Forderungen der Gläubiger im Konkursfall und ohne Eingriffe des Staates) nur in dem Ausmaß von den Schuldnern abgebaut werden, in dem die Gesamtheit der Gläubiger bereit ist, ihre durch Zinseszins entstandenen Guthaben abzubauen und damit Waren oder Dienstleistungen der Schuldner zu kaufen (siehe beiliegende Grafik ①).

Da Zinsen zu einem automatischen Anwachsen der Schulden führen, ergibt sich aus den Zinsen für den Schuldner der Zwang, seine Schulden zurückzuzahlen. **Dieser zinsbedingte Zwang zur Schuldentilgung führt im Zusammenhang mit der für eine Geldwirtschaft charakteristischen Unterlegenheit der Schuldner zur sogenannten Ohnmacht der Schuldner. Die Ohnmacht der Schuldner ist die Ursache für Wachstumszwang, Wettbewerb und Konkurrenz in einer „Geld“-Wirtschaft mit Soll- und Habenzinsen.**

6. Das Wachstum von Guthaben und Schulden relativ zum BIP

Wegen 5) bestimmt also nicht die Gesamtheit der Schuldner sondern die **Gesamtheit der Gläubiger** über das Wachstum der Gesamtheit der Guthaben und damit wegen des 1. Hauptsatzes auch über das Wachstum der Gesamtheit der Schulden (siehe auch <1>, <2>).

Für Gläubiger gilt aber im Mittel tendenziell, dass sie insbesondere **wegen der Zinseinkommen kein Interesse** haben, die **Guthaben abzubauen**, sondern ein Interesse haben, diese zu vergrößern, um die Zinseinkommen zu erhöhen.

Geht man davon aus, dass die langfristige durchschnittliche reale Kapitalmarktzinsrate eine untere Schranke von etwa 2 – 3 % hat und die Geldvermögensbesitzer nicht bereit sind, ihre Zinseinkommen zu verkonsumieren, muss dies zu einem **exponentiellen Wachstum von Guthaben und Schulden** führen, wie es auch in der Realität tatsächlich der Fall ist (siehe auch beiliegende Grafik ②).

Beim **BIP-Wachstum** geht die herkömmliche Ökonomie immer von konstanten realen Wachstumsraten im langjährigen Durchschnitt aus, was gleichbedeutend mit realem exponentiellen BIP-Wachstum wäre. Dies wird gleichsam als Dogma angenommen, obwohl die Realität zeigt, dass die Wachstumsraten in den meisten OECD-Staaten sinken und das BIP **eher linear als exponentiell** wächst (siehe Grafik ③).

Dieses **Auseinanderklaffen von exponentiellem Guthaben- bzw. Schuldenwachstum und linearem BIP-Wachstum** hat folgende drei schwerwiegende Konsequenzen:

- langfristig das zwangsweise **Sinken der Arbeitseinkommen**
- das zwangsweise **Wachstum von öffentlichen und bzw. oder privaten Schulden** und
- den **Zwang zum Wirtschaftswachstum**

7. Das Wachstum der Kapitaleinkommen

Das Zinseinkommen ergibt sich als Produkt aus der Höhe der Guthaben mit dem durchschnittlichen Ertragszinssatz. Würde die **reale Zinsrate** im gleichen Ausmaß fallen wie die Guthaben wachsen, würde die Höhe der Zinseinkommen unverändert bleiben. Dies ist aber insbesondere auch wegen des **Liquiditätsvorteiles des Geldes** gerade nicht der Fall, weil es **bei niedrigen Zinsen** zur sogenannten **Liquiditätsfalle** kommt (siehe auch <3>), die dazu führt, dass der langfristige reale Ertragszinssatz nicht unter etwa 2 - 3 % fällt. Das ist die Ursache dafür, dass nicht nur die Guthaben sondern auch die entsprechenden **Zinseinkommen exponentiell wachsen**. Insbesondere die enorme Entwicklung der Finanzmärkte hat dieses Phänomen begünstigt. Sinken nämlich die Ertragszinsen unter eine gewisse Schwelle, ist es interessanter, Geld in Finanzgüter zu investieren als in Realgüter, d.h. dass Geld vom Realgütermarkt zum Finanzgütermarkt transferiert wird.

In einem historischen Zusammenhang gesehen, hat die Geschichte bisher drei Antworten geliefert, was mit den überhöhten Kapitaleinkommen und den damit überhöhten liquiden Mitteln geschehen kann:

- Die Errichtung von **Monumentalbauten** wie z.B. von Kathedralen im Mittelalter und von Fürstenhöfen in der Neuzeit. Möglicherweise gilt sogar für die ägyptischen Pyramiden Ähnliches.

- Die Durchführung von **Eroberungskriegen** wie z.B. im Römischen Reich, bei den Kreuzzügen oder im Nationalsozialismus.
- Die Entwicklung von **Finanzmärkten**, die weit über die für die Realwirtschaft benötigte Größe hinaus wachsen müssen, um diese überschüssigen liquiden Mittel aufnehmen zu können. Dabei entstehen vor allem entsprechend hohe Buchgewinne, die zunächst als reale Gewinne betrachtet werden, in Wahrheit aber meist nur der Ausdruck einer inflationären Entwicklung auf den Finanzmärkten sind. Beim Zusammenbrechen der Spekulationsblasen werden allerdings die Gewinne durch das Einschreiten des Internationalen Währungsfonds oder sonstiger öffentlicher Mittel in einem zu hohen Ausmaß in reale Gewinne verwandelt. Dies kommt einer Privatisierung der Gewinne durch Sozialisierung der Verluste gleich, auch wenn diese dann realen Gewinne letztlich nicht so hoch sind wie die ursprünglichen Buchgewinne.

8. Die wachsende Umverteilung führt zu Arbeitslosigkeit oder Niedriglöhnen

Das gesamte Volkseinkommen setzt sich genauso wie das Einkommen jedes Einzelnen aus Kapitaleinkommen (Zinsen + Gewinne) und Arbeitseinkommen (selbständige + unselbständige Arbeit) zusammen. Da wegen 6) und 7) die **Kapitaleinkommen rascher wachsen** als das BIP und damit auch schneller **als das Volkseinkommen**, muss dies zwangsweise ab einem gewissen Zeitpunkt zu einem **Sinken der Arbeitseinkommen** führen. Vereinfacht ist diese Entwicklung in Grafik ④ dargestellt.

Da die Kapitalvermögen und damit die Kapitaleinkommen sehr **ungleich verteilt** sind, führt dies mit zunehmendem Alter einer Volkswirtschaft zu einer immer größeren Umverteilung der Einkommen zugunsten der Kapitaleinkommensbezieher.

Das Sinken der Summe der Arbeitseinkommen führt entweder

- zu Niedriglöhnen oder
- zu Arbeitslosigkeit

Niedriglöhne können von den Arbeitgebern dann durchgesetzt werden, wenn wie z.B. **in den USA** der Kündigungsschutz bzw. die Gewerkschaften schwach sind.

Arbeitslosigkeit entsteht dann, wenn wie z.B. **in Europa** der Kündigungsschutz hoch bzw. die Gewerkschaften stark sind.

Weder das eine noch das andere ist wünschenswert. Wichtig ist es aber zu erkennen, dass beides eine gemeinsame Ursache hat, nämlich das Absinken der Arbeitseinkommen in Summe.

Sinkende Arbeitseinkommen bei allen oder Teilen der Bevölkerung können unfreiwilligerweise **dann und nur dann** entstehen, wenn entweder

- 1) das gesamte Volkseinkommen **konjunkturbedingt** sinkt, oder
- 2) Arbeitseinkommen zu Kapitaleinkommen hin **umverteilt** werden, oder
- 3) es innerhalb der Arbeitseinkommen **strukturbedingt** zu Umverteilungen kommt, oder
- 4) bei Mängeln in der **Organisation** der Arbeitsteilung.

Da unfreiwillige Arbeitslosigkeit also immer durch unfreiwillig sinkende Arbeitseinkommen in Verbindung mit unflexiblen Löhnen ausgelöst wird, hat Arbeitslosigkeit letztlich genau die gleichen Ursachen wie eine niedrige Summe an Arbeitseinkommen und kann daher in die gleichen Typen eingeteilt werden:

- 1) **konjunkturbedingte** Arbeitslosigkeit
- 2) **kapitalismusbedingte** Arbeitslosigkeit
- 3) **strukturellbedingte** Arbeitslosigkeit
- 4) **organisationsbedingte** Arbeitslosigkeit

Alle heutigen Maßnahmen richten sich ausschließlich gegen konjunktur-, strukturell- und organisationsbedingte Arbeitslosigkeit. In **alternden Volkswirtschaften** stellt allerdings die **kapitalismusbedingte Arbeitslosigkeit** ein **systemimmanentes Problem** dar, das notwendigerweise in einer Geldwirtschaft mit Zinsen entsteht, weil in einer Geldwirtschaft Geldguthaben und Kapitaleinkommen systemnotwendigerweise rascher wachsen müssen als das BIP. Die kapitalismusbedingte Arbeitslosigkeit kann daher grundsätzlich nur durch eine **Umverteilung** der Einkommen von **Kapitaleinkommen hin zu Arbeitseinkommen** bekämpft werden. Eine reine Wachstumspolitik bekämpft das Übel nicht an der Wurzel.

9. Wachstumszwang für die Wirtschaft und die öffentlichen und privaten Schulden

Die Summe aller Schulden setzt sich aus Unternehmensschulden, öffentlichen Schulden und privaten Schulden zusammen.

Die primären Kreditnehmer in einer Wirtschaft sind die Unternehmen. Die Summe der Unternehmen hat zunächst nur soviel Geld für die Bezahlung der Zinsen zur Verfügung, wie die Gläubiger bereit sind, den Unternehmen Geld für Dienstleistungen oder Waren für Konsum oder Neuinvestitionen zu geben. Vernachlässigt man berechtigterweise den Konsum der Gläubiger, so leitet sich aus dem linearen Wachstum des BIP auch ein **lineares Wachstum der Investitionen** ab. Wegen des **exponentiellen Wachstums der Schulden** und damit auch der Zinsen ergibt sich für die Unternehmen daraus eine **Finanzierungslücke**, die sie als einzelnes Unternehmen durch Wachstum auszugleichen versuchen. Dies erklärt den systemimmanenten Wachstumszwang in unserer Wirtschaft. In Summe können die Unternehmen aber nur versuchen, diese Lücke durch **Verkauf zusätzlicher Waren und Dienstleistungen an Private oder den Staat** zu decken. Da weder Private noch der Staat Geld schöpfen können, können Private und der Staat in Summe diese Käufe nur durch eigene Verschuldung finanzieren.

Gelingt es den Unternehmen nicht, in dieser Form ihre Schulden auf Private oder den Staat zu übertragen, gehen die Unternehmen in diesem Umfang in Konkurs bzw. kommt es zu einer Wirtschaftsrezession. Nur zunehmend hohe **Konsumkredite (wie in den USA)** oder zunehmend **hohe Staatsschulden (wie in Europa)** können eine Wirtschaftskrise vermeiden. Aber offensichtlich kann dadurch eine Krise nur kurzfristig aufgeschoben, aber nicht langfristig beherrscht werden.

10. Der Zusammenbruch

Je größer die Guthaben und Schulden geworden sind, ohne dass die Zinsen im gleichen Ausmaß gesunken sind, desto schwieriger wird es, diese durch Wirtschaftswachstum zu bedienen, denn einerseits sinkt wegen 8) und der Möglichkeit, Geld in die Finanzgütermärkte zu transferieren, die Nachfrage nach Realgütern und andererseits ist exponentielles reales Wirtschaftswachstum grundsätzlich nicht möglich.

Oft wird dem entgegengehalten, dass das Weltwirtschaftswachstum in den letzten 100 Jahren im Durchschnitt einer 2-3 %igen Wachstumsrate entspräche und man leitet daraus ab, dass dies auch die nächsten 100 Jahre so möglich sein müsste. Dass dies ein Trugschluss ist, erkennt man am Beispiel des „Josefs-Pfennigs“: Egal welchen wesentlich über Null liegenden Zinssatz man ansetzt,

das Vermögen der Nachfahren von Josef wäre unreal hoch, hätte er zur Geburt seinem Sohn Jesus 1 Pfennig gegeben.

Von der herkömmlichen Ökonomie wird auch oft mit der Möglichkeit von „**qualitativem Wachstum**“ argumentiert. Unter qualitativem Wachstum ist aber nur Wachstum zu verstehen, das nicht auf Investitionen und Verschuldung beruht (z.B. „reine“ Dienstleistungen wie z.B. psychologische Beratung). Für den auf Investitionen und Verschuldung beruhenden Teil der Volkswirtschaft bleiben aber alle Argumente und Schlussfolgerungen voll aufrecht.

Wenn der Schuldendruck im Laufe der Zeit steigt, müssen die Marktteilnehmer reagieren:

Der **Staat** versucht es durch

- Privatisierung
- Deregulierung als Wachstumsmotor und
- Sparpolitik

Die **Unternehmen** versuchen es durch

- Wachstum und
- Verdrängungswettbewerb

Die **privaten Haushalte** versuchen es durch

- Sparen

Die **Gläubiger** versuchen es durch

- Gewinnmaximierung
- Globalisierung
- Kapitaldeckungsverfahren statt Umlageverfahren
- Finanzmarktderivate
- Kauf von Rendite tragendem sicheren Staatsvermögen und
- Flucht in Sachwerte

Warum alle diese Maßnahmen langfristig in Summe keinen Erfolg haben, wird näher ausgeführt in <8>.

Die **Höhe der Guthaben und Schulden stößt jedenfalls an eine Grenze, wenn Zinsen wegen mangelnder Wachstumsmöglichkeiten nicht mehr gezahlt werden können** oder Sicherstellungen für die Schulden im Zuge einer Rezession oder Deflation abgewertet werden müssen und daher die Schulden fällig gestellt werden. Schuldner können von sich aus Schulden aber nur auf Kosten der Substanz zurückzahlen, was langfristig nicht durchhaltbar ist. Da die Schulden dabei in der Folge noch schwerer zurückgezahlt werden können, schaukelt sich diese Situation bis zum Zusammenbruch immer weiter hoch. Auf das Wachstum der Schulden und Guthaben als wahre Ursache für wirtschaftliche Zusammenbrüche wurde immer wieder auch von P.C. Martin <4>, H. Creutz <5> und F. Malik <6> hingewiesen.

Ein Neubeginn ist erst möglich, wenn durch **Crash-Ereignisse** wie Krieg, Rezession, Hyperinflation oder Währungsreform die **Guthaben und Schulden** soweit **vernichtet** worden sind, dass sie wieder eine für die Volkswirtschaft verkraftbare Größe erreicht haben. **Was dem heutigen System also fehlt, ist eine systemverträgliche Methode, Guthaben und Schulden ohne Crash-Ereignisse abzubauen.**

11. Zweiter Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre

Die oben dargestellten Konsequenzen lassen sich als 2. Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre zusammenfassen.

2. Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre:

Die Gesamtheit der Guthaben und die Gesamtheit der Schulden nehmen in einem geschlossenen Geld- und Wirtschaftssystem der bestehenden Art stets zu. Sie können nur durch unerwünschte Ausnahmestände wie Depression, Krieg, Hyperinflation oder Währungsreform abgebaut werden.

12. Die internationale Ebene

Derselbe Vorgang, der sich heute auf der Ebene nationaler Volkswirtschaften abspielt, nämlich das exponentielle Wachstum von Schulden, Guthaben und Kapitaleinkommen und das dadurch ausgelöste Anwachsen der Ungleichheit der Gesamteinkommen, spielt sich heute auf der internationalen Ebene zwischen den einzelnen Volkswirtschaften ab.

Die Forderungen der **Industrieländer als Gläubiger** gegenüber den **Entwicklungsländern als Schuldner** wachsen exponentiell. Damit wachsen auch die Kapitaleinkommen der Industrieländer auf Kosten der Einkommen der Entwicklungsländer. Sobald diese durch die Zinszahlungen hervorgerufenen Einkommensverluste der Schuldner nicht mehr durch genügend hohes Wachstum kompensiert werden können, kommt es zur Zahlungsunfähigkeit und Massenverelendung.

In dieser Situation muss der **internationale Währungsfonds** einspringen, um einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern. Da dabei aber die Schulden nicht verringert sondern nur umgeschuldet werden, wird das Problem nicht gelöst, sondern nur vor sich her geschoben, bis es das nächste Mal umso heftiger zuschlägt.

Das Einschreiten des internationalen Währungsfonds in diesen Situationen bedeutet allerdings nichts anderes als eine **Absicherung der privaten Kapitaleinkommen** durch eine **Sozialisierung der Verluste**.

Mehr zum Problem der internationalen Verschuldung und insbesondere der **Sonderrolle der USA und des US-Dollars** sowie Lösungsvorschläge findet man in <8>.

13. Historische Ansätze zur Problemlösung

Um einen dauerhaften materiellen Wohlstand zu sichern, hat die Volkswirtschaft zwei Probleme zu lösen: Das Produktionsproblem und das Verteilungsproblem. Hochkulturen sind entstanden, weil sie das Produktionsproblem gelöst haben. Hochkulturen brechen aber zusammen, wenn sie das Verteilungsproblem nicht lösen.

Der **Produktivitätsfortschritt** einer Volkswirtschaft kann grundsätzlich auf drei Arten verteilt werden:

- **höhere Löhne** (bzw. niedrigere Preise)
- **Arbeitszeitverkürzung**
- **höhere Kapitaleinkommen.**

Höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzungen unterliegen Verhandlungen und damit keiner Automatik. Kapitaleinkommen unterliegen hingegen grundsätzlich den Gesetzen und der **Automatik der Zinseszinsentwicklung**, was notwendigerweise zu exponentiellem Wachstum von Kapitaleinkommen führen muss, im Gegensatz zum realen Wachstum, das sich auf Dauer nie exponentiell entwickeln kann. Wie alle exponentiellen Entwicklungen sind die Auswirkungen am Anfang kaum wahrzunehmen, um mit fortschreitender Zeit umso wuchtiger zutage zu treten. Das ist eine Eigenschaft von exponentiellen Entwicklungen, die im Allgemeinen insbesondere von den Ökonomen noch immer **vollkommen unterschätzt** wird.

In einer jungen Volkswirtschaft wird daher der Produktivitätsfortschritt zum überwiegenden Teil durch Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen weitergegeben, in einer alten Volkswirtschaft hingegen in der Form eines exponentiellen Wachstums der Kapitaleinkommen, was unter den gegebenen Rahmenbedingungen zur Selbstzerstörung führen muss.

Krisen durch einseitige Kapitalakkumulation sind nicht erst Erscheinungen der Gegenwart. Denn schon seitdem die Menschheit sesshaft geworden ist, waren die Voraussetzungen für Arbeitsteilung und Kapitalakkumulation gegeben. Und es ist eine **tief verwurzelte Menschheitserfahrung**, dass mit einer **unkontrollierten Kapitalakkumulation** die Gefahr für **gesellschaftliche Krisenerscheinungen** wächst. Es ist daher kein Wunder, dass alle Gesellschaften und großen Religionen immer wieder versucht haben, durch Normen solche Entwicklungen zu verhindern.

Eine einseitige Kapitalakkumulation ist nur dann möglich, wenn sowohl Kapitaleinkommen möglich sind als auch eine Kapitalkonzentration möglich ist.

Kapitaleinkommen als Produkt aus Kapitalvermögen und Zinsrate (Rendite) sind nur dann möglich, wenn sowohl die Kapitalvermögen als auch die Zinsrate größer als Null sind. Zu einer **Kapitalkonzentration** kann es nur dann kommen, wenn dies entweder durch entsprechende Machtverhältnisse ermöglicht wird oder in einer Wirtschaft, die Wettbewerb zulässt (Marktwirtschaft). Demgemäß lassen sich auch die historischen Lösungsansätze einteilen.

Zur Vermeidung von Kapitalkonzentration:

- **Demokratie** als allgemeine politische Maßnahme zur Regulierung der Machtverhältnisse und
- **Planwirtschaft** zur Verhinderung von Wettbewerb:
In altertümlichen Stadtstaaten oder ähnlichen gesellschaftlichen Organisationsformen wurde der Einsatz der Arbeitskräfte auf den Feldern zentral organisiert, das Getreide wurde zentral gespeichert und der Lohn in Naturalien bezahlt. Im Prinzip waren sie ähnlich organisiert wie heutige Betriebe, die nach innen gerichtet ebenfalls eine Planwirtschaft betreiben, mit dem einzigen Unterschied, dass in heutigen Betrieben der Lohn in Geld ausbezahlt wird. Ähnliche Organisationsformen findet man heute auch im Kibbuzwesen.
In kleineren überschaubaren Organisationseinheiten funktioniert Planwirtschaft grundsätzlich, wenngleich ihr im Vergleich mit einer Marktwirtschaft der Antrieb durch Eigeninteressen aller Teilnehmer und damit die einer Marktwirtschaft innewohnende Dynamik fehlt. In großen Organisationseinheiten versagt die Planwirtschaft aufgrund der exponentiell steigenden Komplexität vollständig, wie wir aus der kommunistischen Planwirtschaft der jüngsten Vergangenheit gelernt haben.

Zur Vermeidung von Kapitaleinkommen:

- **Zinsverbot** (durch Religionen):
Alle großen monotheistischen Weltreligionen, sowohl Judentum als auch Christentum und Islam haben versucht, Kapitaleinkommen durch ein Zinsverbot zu verhindern. In der Praxis war das Zinsverbot aber nie durchsetzbar, weil in einer arbeitsteiligen Wirtschaft Kredite systemnotwendig sind und diese ohne Zinsen nur mit rigorosen sozialen Normen durchsetzbar wären.
- **Kapitalverbot** (Kommunismus):
Grundsätzlich sind Kapitaleinkommen zur Belohnung von Eigeninitiative für eine Wirtschaft notwendig und wünschenswert solange sie nicht rascher wachsen als die Wirtschaft selbst. Der Kommunismus hat allerdings versucht, Kapitaleinkommen durch Verbot von Kapitalbesitz gänzlich zu verhindern. Dass ein solches System nicht dauerhaft lebensfähig ist, hat uns die Geschichte gelehrt.

- **Kapitalregulierung** (z.B. Zunftwesen):
Durch äußerst rigorose Normen hat das Zunftwesen im Mittelalter die kleinteilige Struktur des Handwerks erhalten, mit dem Nachteil, dass eine dynamische Entwicklung weitgehend verhindert wurde. Ähnliche Normen findet man auch heute noch in den handwerklich organisierten Gesellschaften.

Der **heutige Lösungsansatz** beruht nicht auf der Vermeidung von Kapitaleinkommen sondern auf dem Versuch, das Sinken der Arbeitseinkommen durch **exponentielles Wirtschaftswachstum** zu verhindern. Insbesondere wird durch **Deregulierung** ein Wirtschaftswachstum begünstigt. Um damit allerdings die Probleme langfristig zu verhindern, wäre (wie in 6. gezeigt) ein dauerhaftes exponentielles Wachstum notwendig, was **grundsätzlich unmöglich** ist. Dauerhaftes exponentielles Wachstum muss auch irgendwann in die ökologische Krise führen.

14. Kapitalbesteuerung als einzig mögliche Therapie

Da die Ursache des Zusammenbruchs von Gesellschaften in dem zinseszinsbedingt exponentiellen Wachstum der Kapitaleinkommen liegt, hinter dem das Wachstum der Realwirtschaft letztlich immer zurückbleiben wird, können alle Problemlösungsversuche auf der Basis von **Wachstumsstrategien** im Realgütersektor das Problem nur aufschieben, letztendlich sind sie aber **zum Scheitern verurteilt**. Auch das Senken von Leitzinsen ist, wie man in Japan sieht, weitgehend wirkungslos, da dadurch nur die liquiden Mittel noch weiter erhöht werden, was letztlich nur zu einem inflationären Anstieg der Aktienkurse führt, weil diese Mittel (nach Umtausch in Dollar) wiederum weitgehend auf den Finanzgütermärkten und nicht in den Realgütermärkten landen.

Zweifellos ist Wachstum erstrebenswert. Zweifellos ist die Schaffung von Arbeit zur Durchsetzung des Rechtes auf sinnvolle Arbeit wünschenswert. Keinesfalls wünschens- oder erstrebenswert ist jedoch ein **Zwang** zu Wachstum, wie er sich aus den heutigen Rahmenbedingungen ergibt. Andererseits soll die durch Eigeninteressen getriebene innere Dynamik einer Marktwirtschaft nicht durch übermäßige Regulierungen oder Verbote gebremst werden.

Eine langfristig wirksame und nachhaltige **Therapie** kann daher nur in Maßnahmen liegen, die **verhindern, dass Guthaben und Kapitaleinkommen rascher wachsen als das BIP. Das kann sein:**

- Eine Besteuerung der **Kapitalvermögen**, insbesondere der Geldvermögen. In <2> wird dazu vor allem auch die Einführung einer vom Kreditgeber zu leistenden Kreditgebühr vorgeschlagen, mit der eine Entkopplung der Sparzinsen von den Kreditzinsen erreicht werden könnte.
- Eine Besteuerung von **Kapitalerträgen**.

- Eine Besteuerung **liquider Mittel**, wie sie beispielsweise seinerzeit von Keynes bei der Bretton-Woods-Konferenz für Sonderziehungsrechte vorgeschlagen aber nicht umgesetzt wurde, denn das mögliche Ausmaß von Konjunkturschwankungen ist ganz wesentlich durch die Höhe der gesamten liquiden Mittel bestimmt. Um Konjunkturschwankungen möglichst niedrig zu halten, sollte man daher trachten, die Höhe der liquiden Mittel möglichst niedrig zu halten, was durch eine Besteuerung dieser Mittel möglich wäre.
- Steuern in der Art der **Tobin-Steuer** als Dämpfungselemente für Finanztransaktionen zur Stabilisierung der Finanzmärkte.
- Eine Förderung von **Pensionsfonds** oder ähnlichen Einrichtungen als Möglichkeit zur Bildung von Kapitalvermögen und Kapitaleinkommen für die breite Masse der Bevölkerung. Allerdings ist zu beachten, dass dabei auch gewisse Gefahrenpotentiale gegeben sein können. Beispielsweise fließen insbesondere den wachsenden Pensionsfonds große Mengen von liquiden Mittel zu, die einen großen Veranlagungsdruck hervorrufen und damit zu Instabilitäten auf den Finanzmärkten führen können.

Dass all diese Maßnahmen einer **internationalen Harmonisierung** bedürfen, ist selbstverständlich. Dass diese Maßnahmen aus der heutigen Sicht kaum umsetzbar scheinen, ist leider ebenso offensichtlich. Trotzdem ist die Einführung einer **international harmonisierten Kapitalbesteuerung in einem solchen Ausmaß, dass die Kapitaleinkommen nicht rascher wachsen als das BIP die größte politische Herausforderung für das 21. Jahrhundert.**

Realwirtschaftlich kommt es durch den steigenden Einsatz von immer mehr Kapital zu immer größeren Produktivitätssteigerungen. Die Agrargesellschaft hat sich dadurch zur Industriegesellschaft gewandelt und wird sich weiter zur Dienstleistungsgesellschaft entwickeln. Dabei wird der **Kapitalanteil an der Wertschöpfung steigen** und der **Arbeitsanteil an der Wertschöpfung sinken**. Langfristig kann daher der Produktivitätsfortschritt nicht allein durch Lohnerhöhungen auf alle verteilt werden. Es wird auch nicht möglich sein, die gesamte Wertschöpfung allein durch Arbeitseinkommen auf alle zu verteilen.

Als Lösung dafür bietet sich an, die durch **Kapitalbesteuerung** frei werdenden Mittel **zur Finanzierung eines „Grundeinkommens“**, in welcher Form auch immer, zu verwenden.

Die Politik muss jedenfalls das derzeit Mögliche tun, um die Steuerschrauben in die richtige Richtung zu drehen. Sie muss aber auch eine langfristige grundsätzliche Vision entwickeln, artikulieren und einfordern, auch wenn es sich um Maßnahmen handelt, die derzeit noch nicht durchsetzbar erscheinen.

Es ist für alle und letztlich auch für die Besitzer von Kapitalvermögen von größerem Vorteil, wenn Kapital besteuert wird, als dass es in einer gesellschaftlichen Katastrophe vernichtet wird. Denn wer aus der Geschichte nicht lernt, muss sie wiederholen.

15. Zusammenfassung

Ein systembedingtes Versagen der Wirtschaftsmechanismen war im Laufe der Geschichte oft Ursache gesellschaftlicher Katastrophen. Das Systemversagen besteht darin, dass in einer Geldwirtschaft Schulden und Guthaben rascher als das BIP wachsen müssen und bisher nur durch Wirtschaftszusammenbrüche wieder auf ein für die Gesellschaft verträgliches Maß reduziert werden konnten.

Der einzig mögliche Weg, ein übermäßiges exponentielles Wachstum der Gesamtverschuldung zu verhindern, besteht in einer geeigneten wirksamen Kapitalbesteuerung. Die Einsicht in diese Tatsache und die Umsetzung dieser Konsequenz wird die größte politische Herausforderung für das 21. Jahrhundert.

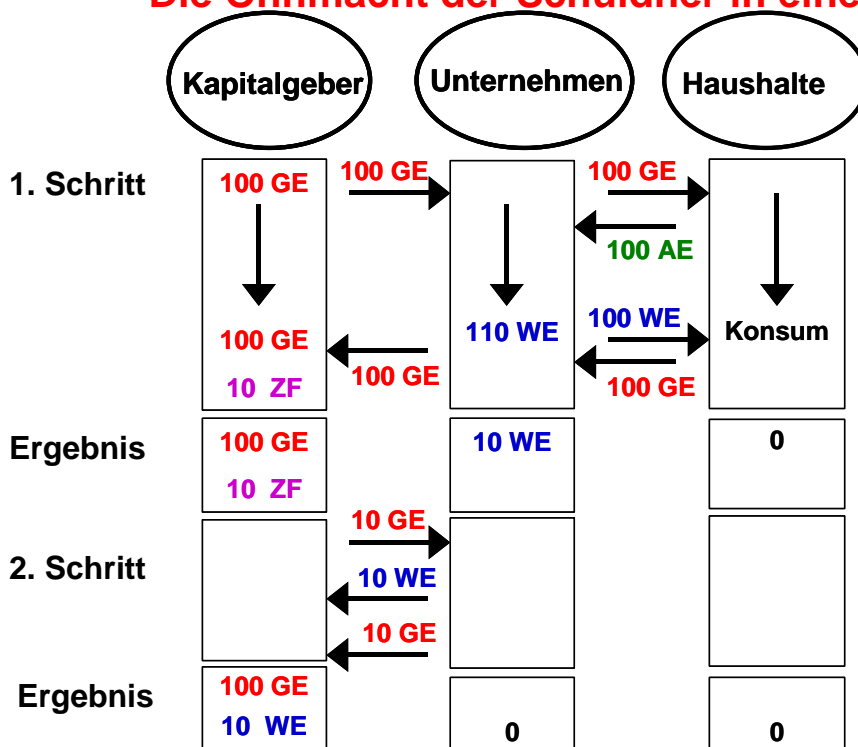
16. Literatur

- <1> Erhard Glötzl: „Warum und Wie eines neuen Geldsystems“, erweiterte Fassung eines Vortrages im Rahmen des Weiterbildungsprogrammes der Johannes-Kepler-Universität Linz, gehalten am 17. Jänner 1995
- <2> Erhard Glötzl: „Über die (In-)Stabilität unseres Geld- und Wirtschaftssystems aus der Sicht eines Technikers“, erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten am 13. November 1995 vor dem KdF – Kreis der Führungskräfte der Voest
- <3> Erhard Glötzl: „Arbeitslosigkeit – Über die kapitalismusbedingte Arbeitslosigkeit in alternden Volkswirtschaften und warum Keynes recht hatte und doch irrte“, erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten am 11. Oktober 1997, Workshop „Zur Entkoppelung von Güter- und Finanzmärkten im Prozess der Globalisierung“ im Rahmen eines Projektes des Institutes für Internationales Management der Universität Graz
- <4> Paul C. Martin: „Der Kapitalismus“, München 1986
- <5> Helmut Creutz: „Das Geldsyndrom – Weg zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ (Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig, 1993)
- <6> F. Malik, M.o.M. – Malik on Management: „Warum wirtschaften wir eigentlich?“, Nr. 8/98, 6. Jg., August 1998
- <7> Stefan Schleicher, WIFO 2006
- <8> Erhard Glötzl: „Über die langfristige Entwicklung der Schulden und Einkommen“, Diskussionsgrundlage für den Wiener Wirtschaftskreis, Linz 2006

17. Grafiken

Grafik 1

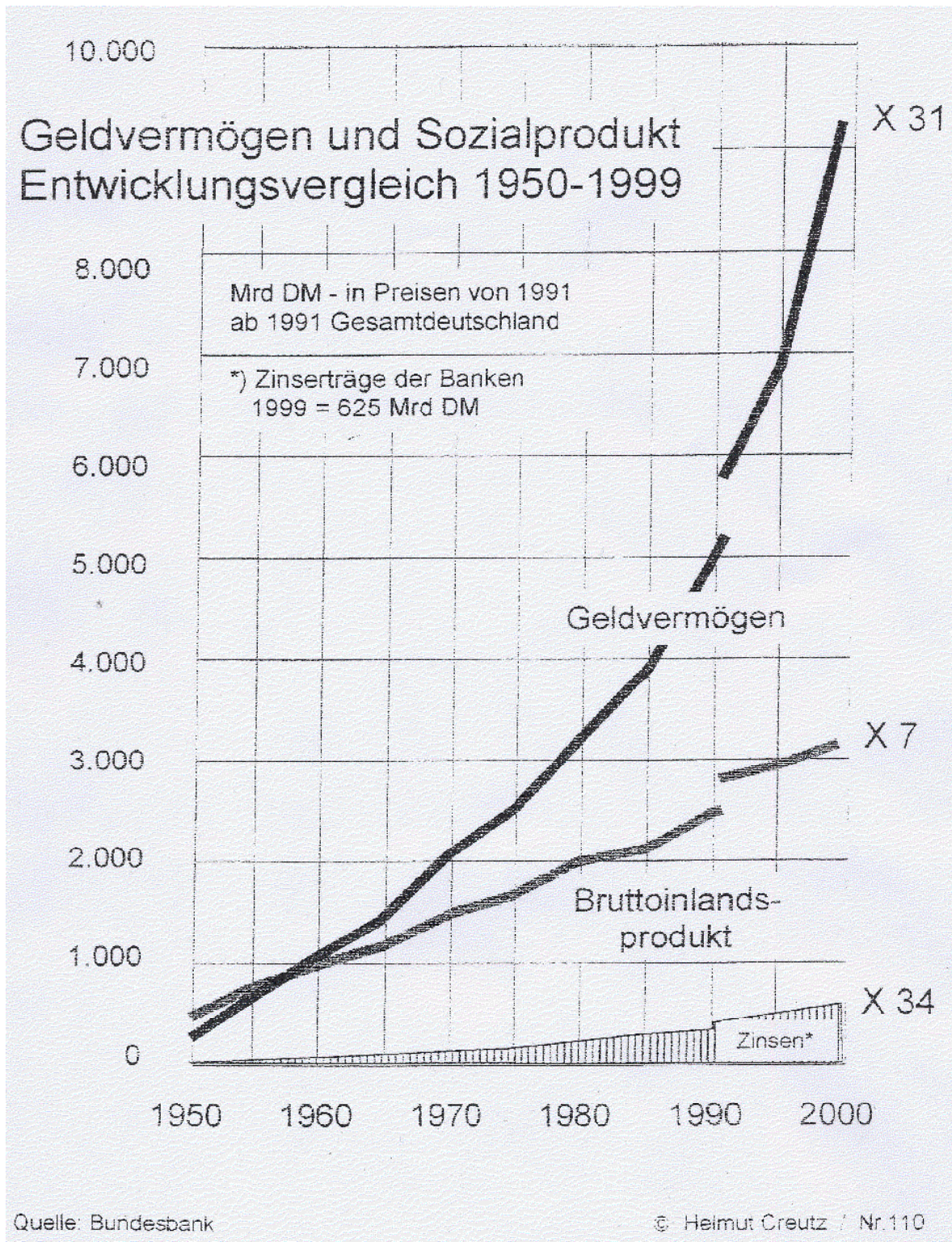
Die Ohnmacht der Schuldner in einer Geldwirtschaft

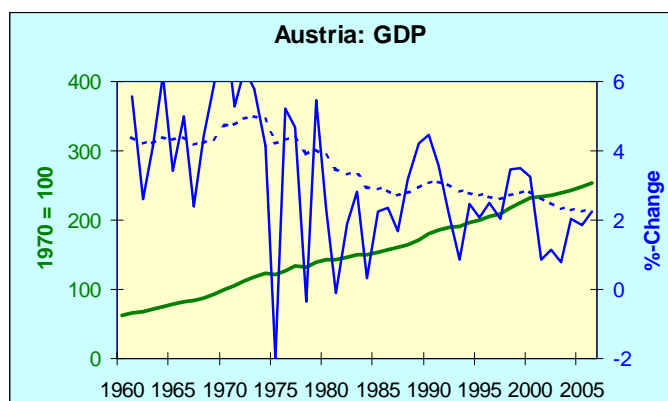
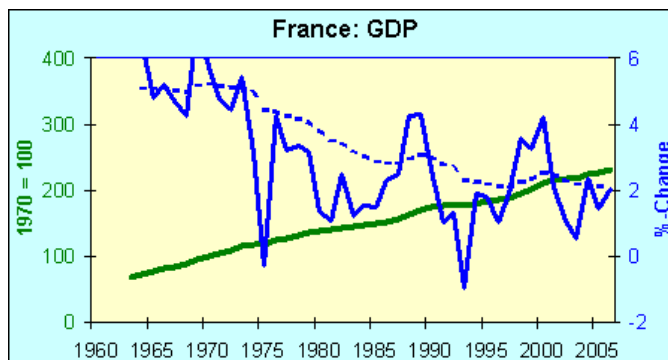
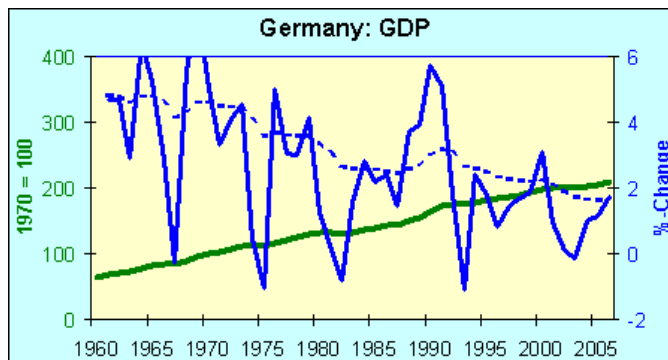
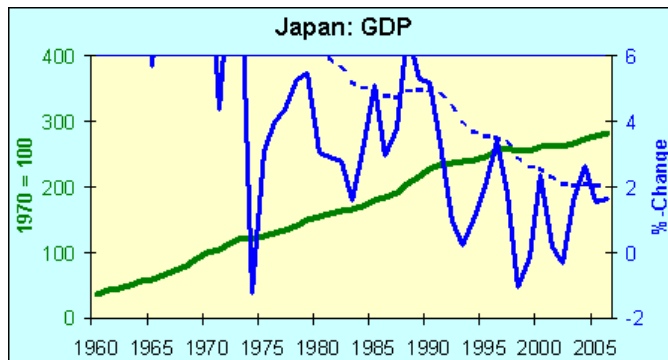
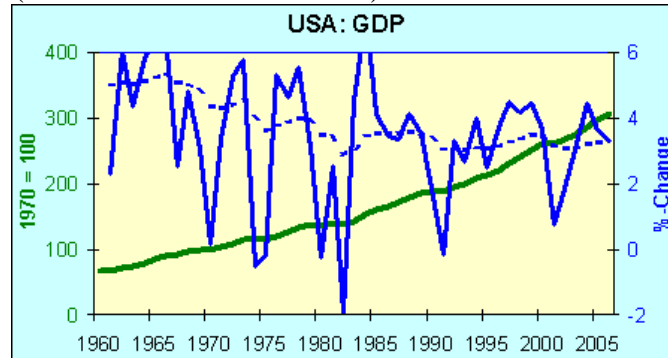


Der Kapitalgeber startet mit Geldkapital von 100 GE (Geldeinheiten). Er verleiht dem Unternehmer 100 GE zu einem Zinssatz von 10 %, er hat somit eine Forderung von 110 GE. Der Unternehmer kauft mit 100 GE bei den Haushalten 100 AE (Arbeitseinheiten) und stellt dabei 110 WE (Wareneinheiten) her. Er verkauft Haushalten 100 WE und bekommt dafür 100 GE. Damit kann er seine Schuld mit Ausnahme der Zinsschuld tilgen. Die Zinsschuld 10 WE zum Preis von 10 GE zu kaufen. Andernfalls wachsen die zinseszinsbedingten Forderungen des Kapitalgebers exponentiell. Auch durch Geldschöpfung würden die Forderungen entsprechend wachsen.

ZF = Zinsforderung

Grafik 2



Grafik 3 (Grafiken von S. Schleicher)

Grafik 4

Die Probleme der ALTERNDEN VOLKSWIRTSCHAFTEN

